No. 159. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 3. April 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 88 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Kufestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstraße 3, Potsdamerstraße 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Wittenbergerstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 33/34 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 19b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein Problem.

Der Ultramontanismus hat im Deutschen Reiche, wo die katholische Hierarchie die große Masse der Katholiken zur blinden Unterwürfigkeit erzogen hat, einen politischen Einfluß erlangt, der, wie von objektiv denkenden Katholiken selbst anerkannt wird, in keinem Verhältnis zur intellektuellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung des katholischen Volksteiles steht. In diesen objektiv denkenden Kreisen empfindet man es schmerzlich, daß die deutschen Katholiken auf allen Gebieten der Kultur der andersgläubigen Bevölkerung gegenüber gewaltig im Rückstande sind.

In letzter Zeit konnte man daher in den Zentrumsblättern bewegte Klagen über diese bejammernswerte Kalamität lesen, verbunden mit allerlei Vorschlägen besonders zur Hebung der wirtschaftlichen Rückständigkeit. So liegt uns eine Nummer der „Germania" vor, in der allein zwei ganze Spalten lang Vorschläge erörtert werden, wie man der allgemein zugestandenen Unterlegenheit des katholischen Volksteiles in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung abhelfen könne.

Für die Lösung des Problems, namentlich für die Besserung der Verhältnisse auf intellektuellem und wissenschaftlichem Gebiete hat sich bereits vor einigen Jahren der „Albertus Magnus-Verein" gebildet, der seinen Sitz — man merke es wohl — in Trier, der Stadt des frommen Mitraträgers Korum und der heiligen Rockausstellungen, hat und in jeder Diözese Zweigvereine besitzt. Der alleinige Zweck des Vereins sind Geldsammlungen zur Unterstützung armer talentvoller katholischer Knaben und Jünglinge, die sich zu irgendeinem Studium eignen. Die Pfarrer und Kapläne sollen die Talente aufspüren, damit möglichst jeder geeignete katholische Bauernjunge die wissenschaftliche Laufbahn betritt. Dabei wird mancher in die Höhe gebracht lediglich, damit er nachher — Pfarrer wird. Mancher allerdings lernt wirklich die moderne Wissenschaft schätzen und kehrt infolgedessen nicht nur dem Glauben an den heiligen Rock den Rücken.

Auch zur Hebung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Katholiken werden in den erwähnten Pressearikeln allerlei Mittel in Vorschlag gebracht, und hier zeigt sich in verschiedener Hinsicht eine bemerkenswerte Selbsterkenntnis. In der „Kölnischen Volkszeitung" sowohl als auch in der „Germania" wird einer Einschränkung der Stiftungen zur toten Hand das Wort geredet, also der Vermächtnisse an Kirchen und Klöster, insbesondere auch der Meßstiftungen für die armen Seelen im Fegefeuer und für andere Zwecke im persönlichen Interesse. Damit ist offenbar einer der wundesten Punkte des wirtschaftlichen Lebens der Katholiken getroffen. Trotzdem diese im Deutschen Reich den anderen Konfessionen gegenüber in der Minorität und durchweg auch wirtschaftlich schlechter situiert sind, übertreffen ihre kirchlichen Stiftungen nicht nur relativ, sondern auch absolut diejenigen der anderen Konfessionen in bedeutendem Maße, aus dem einfachen Grunde, weil von den Priestern immer noch der Glaube gepflegt wird, daß kirchliche Stiftungen dem Geber einen Platz im Himmel sichern. Man betreibt diesen Erwerb von Gütern der toten Hand nicht mehr so ungescheut wie im Mittelalter, wo die kirchlichen Stiftungen ausdrücklich zu dem Zweck gemacht und mit dem Vermerk versehen wurden „Pro remedio animae", zum Heile der Seele, allein tatsächlich wird so manche verängstigte Seele auch heute noch mit dieser Angel gefangen. Wir stehen daher nicht an, es als einen Anfang der Besserung zu begrüßen, wenn jetzt auch die ultramontanen Blätter darauf dringen, daß die Katholiken statt kirchlicher Stiftungen mehr Vermächtnisse zu sozialen und nichtkirchlichen Wohltätigkeitszwecken errichten.

Einen anderen Vorschlag zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Katholiken hat ein katholischer Pfarrer in der „Germania" gemacht, indem er für eine Verminderung der Feiertage eintritt, er schreibt:

„Wir deutschen Katholiken haben außer den allgemeinen christlichen Feiertagen noch durchschnittlich acht besondere Feiertage — in der einen Diözese ist es der eine oder andere mehr, in der anderen weniger. Nehmen wir nun einmal an, daß unter den mehr als 20 Millionen deutscher Katholiken 4 Millionen zu denen gehören, die ihre Arbeit pro Tag bezahlt erhalten. Wenn wir nun pro Kopf nur 2,50 Mark täglichen Verdienst rechnen, so bedeutet ein Feiertag für das katholische Deutschland einen Ausfall von 10 Millionen Mark, bei acht Feiertagen jährlich 80 Millionen Mark. Da nun aber in einigen Diözesen die Arbeit an manchen Feiertagen in beschränktem Maße gestattet ist, außerdem durch die Macht der Verhältnisse ein Teil der Katholiken auch an Feiertagen arbeiten muß, so wollen wir den jährlichen Verlust auf 40 Millionen veranschlagen."

Auch diese Summe, meint unser Gewährsmann, mag noch um die Hälfte reduziert werden, da die ländlichen Arbeiter hinter dem angesetzten Lohn zum weitaus größten Teil zurückbleiben. Immerhin ist ein jährlicher Verlust selbst von 20 Millionen doch noch ein bedeutender Faktor im Wirtschaftsleben der Katholiken.

Dabei ist es merkwürdig, daß nicht nur die katholischen Feiertage nach den einzelnen deutschen Staaten verschieden sind, sondern auch innerhalb eines und desselben Staates selbst variieren. So werden im katholischen Bayern noch sämtliche Tage der zwölf Apostel gefeiert, in den übrigen deutschen Staaten nur der Peter Pauls-Tag am 29. Juni; das macht für Bayern allein elf Feiertage mehr. Innerhalb des preußischen Staates besteht der Unterschied, daß die östlichen Landesteile der älteren Provinzen am 25. März das Fest Maria Verkündigung, der Botschaft des Engels Gabriel an die Jungfrau, feiern, während in den westlichen Landesteilen dieses Fest am darauffolgenden Sonntag, oder, wenn der 25. März in die Karwoche fällt, an einem Sonntag nach Ostern gefeiert wird. Daher erhielten die Abonnenten der „Germania" am 26. März keine Zeitung, während die „Kölnische Volkszeitung" (mit Erlaubnis des Erzbischofs!) wie gewöhnlich erschienen war. Im „heiligen" Köln rasselten die Lastwagen wie am Werktage durch die Straßen, in Berlin aber feierten Reichstag und Landtag. Die Botschaft des Engels Gabriel in Ehren, aber warum sie im Osten anders gefeiert werden muß als im Westen, vermögen wir nicht einzusehen.

* * *

Besonders beachtenswert scheint uns zu sein, was ein höherer katholischer Justizbeamter über das Problem veröffentlicht. Er schreibt, indem er für die Verminderung der Zahl der katholischen Feiertage plädiert:

Der katholische Arbeiter 2c. wird, wenn er feiern muß, um einen vollen Tagesverdienst gebracht. Und dies nicht allein. Man sehe doch einmal, wie sich ein Feiertag gefeiert wird. Viele Arbeiter verbringen den Feiertag in der Schänke, verkneipen ihren Wochenlohn, machen sich für den nächsten Tag arbeitsunfähig und lassen ihre Familie darben! (Sollten wirklich die frommen katholischen Arbeiter so unvernünftig sein? Red.) Gerade die katholischen Feiertage sind es, welche für viele katholische Kommis und dergleichen ein Hindernis für ihre Anstellung sind. Mir selbst hat ein evangelischer Geschäftsherr gesagt, daß er einen katholischen Kommis wegen der katholischen Feiertage nicht engagiere, sonst müßte er sich selbst hinter den Ladentisch stellen, während sein Herr Kommis Feiertage halte. Ein Mahl- und Holzschneidemühlenbesitzer mußte seinen katholischen Heizer entlassen, weil dieser sich weigerte, am katholischen Feiertage den Kessel zu heizen. Die ganze Fabrik mußte wegen dieses Menschen stehen bleiben. Der Wunsch nach Verlegung der katholischen Feiertage ist unter den Katholiken fast allgemein. Die Feiertage sollen ja nicht abgeschafft, sondern nur auf den Sonntag verlegt werden. Es wird gehofft, daß hier seitens der kirchlichen Behörden Remedur geschaffen werde.

Und dann noch eins: Die katholischen Geistlichen sollen auch Berater und Führer der katholischen Bevölkerung auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete sein. Vielfach sind sie es im vollsten Maße. Vielfach aber ist ihr Gesichtskreis doch nicht weitgehend genug. Der Landwirt fragt seinen Pfarrer um Rat, ob er seinen Sohn studieren lassen solle. Wird dazu geraten, so geschieht es häufig mit der Tendenz, daß der Sohn dereinst auch Geistlicher werde. Damit kommt man allerdings dem Wunsche der Eltern entgegen. Allein hier sollten nach meinem Dafürhalten die Herren Geistlichen auf Ergreifung profaner Fächer hinweisen. In allen Universitätsstädten sollen katholische Studentenkasinos gegründet werden, damit dort die weniger bemittelten Studenten für billigen Entgelt Unterkunft finden könnten. Bei richtiger Lösung dieser Zeitfrage ist zu erhoffen, daß die bisherige Inferiorität der Katholiken auf wirtschaftlichem Gebiet beseitigt werde. Mögen entschlossene und tatkräftige Männer, an denen es ja nicht fehlt, die Sache bald in die Hand nehmen, ehe es zu spät wird."

Wenn nur nicht die Kirche eines schönen Tages auch hinter diesen Bestrebungen den verhaßten „Modernismus" wittert und mit gewohntem Zelotismus dazwischen fährt!

Das Vereinsgesetz im Reichstage.

Der Block arbeitet munter; er hat mit Hilfe der Schlußguillotine die zweite Lesung des Vereinsgesetzes bereits bis zum Paragraphen 2a erledigt und den Paragraphen 9a vorweggenommen. Die Kampfstimmung, die in der Luft liegt, äußerte sich gestern bereits in Anträgen auf namentliche Abstimmung über die verhängnisvollen Paragraphen 7 und 10a. Zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen den Gegnern des Gesetzes und dem Block kam es, als der Abgeordnete Heine einen sozialdemokratischen Antrag begründete, der alle Vereine und Versammlungen nur den Bestimmungen der Reichsgesetze unterwerfen will. Während Heines Rede verübten die Herren vom Block einen derartigen Radau, daß man nicht ein Wort des Redners verstehen konnte. Und dann entrüstet man sich, wenn auf der Journalistentribüne einmal gelacht wird! Der Abgeordnete Heine machte gegenüber diesem Skandal kurzen Prozeß; er brach seine Rede ab und verließ die Tribüne. Nun verbat sich der Präsident energisch den Lärm, indem er die unterhaltungsbedürftigen Herren ersuchte, ihren Speech außerhalb des Saales fortzusetzen.

Die traurige Aufgabe, den Verrat der Freisinnigen zu verteidigen, war Herrn Dr. Müller-Meiningen zugefallen. Er brachte es nicht über die üblichen Redensarten hinaus, die man schon kennt. Fürst Bülow, der während der Rede des freisinnigen Blockapostels im Saale erschien, nahm nicht das Wort, sondern überließ es Herrn v. Bethmann-Hollweg, den Standpunkt der Regierung zu vertreten. Und der stürzte sich auch nicht in Unkosten; wozu auch? Werden doch die Geschäfte der reaktionären Regierung aufs beste von den freisinnigen Blockfanatikern besorgt. Eine ergötzliche Episode in der Debatte brachte ein Zusammenstoß des hessischen Bundesratsvertreters mit dem hessischen Antisemiten, wobei der alte Herr v. Reidhardt den Zorn der Herren Bindewald und Zimmermann auf sich lud, weil er das gemeingefährliche Treiben der antisemitischen Demagogen in Hessen gebührend kennzeichnete.

Der §1 wurde mit 194 gegen 164 Stimmen angenommen. Die vorhergehende Abstimmung über die Anträge ging unter großer Unruhe im Hause und unter großen Schwierigkeiten vor sich.

Zum § 2 hatten das Zentrum und die Sozialdemokraten Anträge gestellt, die die Gewerkschaften nicht als politische Vereine behandelt sehen wollen. Der Abgeordnete Schiffer (Zentrum) ging bei der Begründung scharf mit Herrn Dr. Müller-Meiningen ins Gericht. Der Schlußantrag des Blocks beraubte die Polen der Gelegenheit, einen von ihnen gestellten Antrag zu begründen; ihr Hinweis auf die Geschäftsordnung half ihnen nichts. Der Block arbeitet genau so wie einst der von Herrn v. Kardorff geführte Zolltarifblock. Die Freisinnigen sind gelehrige Schüler ihrer lieben agrarischen Freunde. Der Paragraph 2 wurde unter Ablehnung aller berechtigten Anträge angenommen; für den Zentrumsantrag stimmten mit dem Antiblock nur die beiden Freisinnigen Dr. Potthoff und Dr. Neumann-Hofer von der Vereinigung. Nach Annahme des Paragraphen 9a wurde die Weiterberatung auf heute vertagt.

Das Abgeordnetenhaus

nahm gestern das Polizeikostengesetz in zweiter Lesung in der Kommissionsfassung an, die, wie bekannt, den Beitrag der Städte von $^2/_3$ auf $^1/_3$ herabsetzt. Die Freisinnigen hatten beantragt, den Abzug für die landespolizeilichen Funktionen der Berliner Polizei von 5 auf 10 Prozent zu erhöhen. Der Abgeordnete Cassel begründete diesen durchaus berechtigten Antrag mit dem Hinweise auf die überaus starke Inanspruchnahme der Berliner Polizei zu landespolizeilichen Zwecken. Er hätte hinzufügen können: auch zu höfischen Zwecken. Der freisinnige Redner wies auf die drückende Polizeilast Berlins hin, die schon jetzt 2,50 Mark auf den Kopf der Bevölkerung beträgt, ein Satz, der sich nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes auf 3,69 steigern wird. Natürlich wurde der freisinnige Antrag abgelehnt. — Die dritte Beratung wird heute stattfinden.

Das Herrenhaus

beriet gestern in kurzer Sitzung parlamentarischen Kleinkram, vornehmlich Petitionen. Bei einer Petition des Reichsgastwirteverbandes um Aufhebung der kommunalen Biersteuer sprach Oberbürgermeister Ehlers-Danzig den Wunsch aus, daß die Gemeinden das Bier mehr als bisher zur Steuer heranziehen könnten. Das Reich solle überhaupt die Einkommensteuer übernehmen und den Einzelstaaten mehr indirekte Steuern überlassen. — Am Montag sollen der Masurische Kanal und das Polizeikostengesetz beraten werden.

Die „Reform" der Fahrkartensteuer.

Im Herrenhause hat, wie bekannt, der preußische Eisenbahnminister Breitenbach eine Reform der unglückseligen Fahrkartensteuer angekündigt. Zu einer vollständigen Beseitigung dieser Steuer scheinen sich die Reichsbehörden nicht aufschwingen zu können. Wie mitgeteilt wird, handelt es sich in diesem Augenblick lediglich um eine Aenderung der Tarifsätze für die einzelnen Wagenklassen. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsschatzamt, dem Eisenbahnministerium und dem preußischen Finanzministerium, die seit dem Herbst vorigen Jahres über diese Frage gepflogen werden, haben zu einem positiven Ergebnis noch nicht geführt. Dagegen wird es bereits als feststehend hingestellt, daß die Fahrkartensteuer für die erste und zweite Wagenklasse ermäßigt werden soll. Für die dritte Wagenklasse sollen dieselben Sätze bestehen bleiben, (Natürlich!) selbst wenn der Ertrag der Fahrkartensteuer dadurch noch weiter zurückgehen sollte. Eine Besteuerung der vierten Klasse ist dagegen nach wie vor nicht in Aussicht genommen. — Die endgültige Umgestaltung oder gar Beseitigung der Fahrkartensteuer soll von der Aufnahme abhängig gemacht werden, die die Steuerpläne des neuen Reichsschatzsekretärs v. Sydow in der kommenden Reichstagssession finden werden.

Wenn man die vierte Wagenklasse ganz unbehelligt lassen will, so geschieht dies einfach aus der Erwägung heraus, daß eine Verteuerung der niedrigsten Wagenklasse zu einer erheblichen Einschränkung des Reisens und damit zu einer bedeutenden Verminderung der Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr führen muß. Für den Geist, der gegenwärtig in unseren Regierungskreisen herrscht, ist es überaus bezeichnend, daß man nur die Sätze für die erste und zweite Klasse, nicht aber diejenigen für die dritte Klasse ermäßigen will.

Zu einer Duellforderung

soll sogar die bekannte Affaire des Rittmeisters der Landwehr-Kavallerie und Reichstagsvizepräsidenten Dr. Paasche geführt haben, in der dieser, wie bekannt, vor einigen Tagen deh- und wehmütig im Reichstage Abbitte geleistet hat. Es wird in den Münchener Neuest. Nachr. behauptet, der kommandierende General des Gardekorps General von Kessel habe dem Abg. Paasche wegen seiner Rede zum Fall Lynar-Hohenau eine Forderung zustellen lassen.

Von anderer Seite wird dagegen die Richtigkeit dieser Meldung bezweifelt. Es ist dringend notwendig, daß eine amtliche Klarstellung dahin erfolgt, ob tatsächlich der General v. Kessel den Abgeordneten Paasche zum Duell gefordert hat, oder ob diese ungeheuerliche Meldung auf Erfindung beruht.

Eine unerwartete Wirkung.

Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, der am 30. März unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schönaich-Carolath im Reichstage zusammentrat, hat beschlossen, in eine umfangreiche Agitation zur Beschaffung größerer Mittel und Gewinnung neuer unterstützender Mitglieder einzutreten, insbesondere auch die größeren und mittleren Stadtgemeinden zur Unter-